

Was tun? Was tun!

Die GEW München beschloss am 5.10.2009, die GEW Bayern diesen Frühling gegen den Grundrechtabbau und für den Erhalt des Friedens aktiver zu werden. Die Beschlusstexte finden sich auf: www.gew-muenchen.de und www.gew-bayern.de

Wir erstellen als AG „Friedliche Schule“ des Stadtverbands eine Flyer-Reihe zu verschiedenen Themen und freuen uns über Information, solidarische Kritik und Zuwachs.

Beide bisher erschienen Flyer, Links, Presseartikel etc. befinden sich auf <http://www.gew-muenchen.de/joomla/content/view/24/43/>

Die AG Friedliche Schule trifft sich jeden ersten Unterrichtsmontag eines Monats um 17:00 Uhr im DGB-Haus (Schwanthalerstr. 64, München)

Entstanden ist inzwischen auch ein Rundmail, in dessen Verteiler wir gerne weitere Leute aufnehmen.

friedliche.schule@gew-muenchen.de



Transparent zum 1. Mai 2010 in München

Was der Präsident nicht durfte, sollen jetzt Jugendoffiziere dürfen?

... am Ende seines Besuchs, sagt der Offizier, haben die meisten Schüler kapiert: Was die Bundeswehr im Ausland tut, ist richtig und wichtig.

Originalton Jugendoffizier:

„90 % eines Edelmetalls, nämlich Coltan, wird zur Zeit im Kongo gefördert und unsere Chip-, Computer- und die ganze Siliziumindustrie ist wesentlich abhängig von diesem Material. Wenn ich dann frage: Wer von Euch hat ein Handy? Melden sich alle und heben den Arm. Und dann verstehen sie auch wie hier Sicherheitspolitik mit Wirtschaft zusammenhängen kann.“

Sendung Radiowelt des Bayerischen Rundfunk über die Einsätze der Bundeswehr an der „Heimatfront“ vom 8. Juni 2010

Bundeswehr raus aus den Schulen !



Transparententwurf zum 1. Mai 2010 in München

V.i.S.d.P.: J. P. Graf; Schwanthaler Str. 64; 80336 München
gew-sv-muenchen@link-m.de; Druck: Druckwerk



Informationen zur Meinungsvielfalt Nr. 3

Gewerkschaft
Erziehung &
Wissenschaft
Stadtverband
München

Fälschlich glaubt man, erst nach den äußeren Kundgebungen eines Regimes sei zu beurteilen, wie wahrscheinlich durch seine Art der Krieg wird. Im Gegenteil! Sein Auftreten im Innern entscheidet.

Heinrich Mann, 1933

Kooperationsabkommen unterzeichnet! (Mehr dazu auf den Innenseiten)

Neues vom gläsernen Schüler! Änderung des BayEUG zum 1. Juni 2010

Nach dem Regierungswechsel in Bayern sah es zunächst schlecht für eine zentrale Schülerdatenbank aus: In der bayrischen Regierung sitzen jetzt auch Gegner von umfassenden Datenbanken. Die Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger führt die als Opposition eingebrachte Verfassungsbeschwerde gegen die Arbeitnehmerdatenbank ELENA als Ministerin jetzt gegen das eigene Haus weiter. Die Schülerdatenbank war mit dem Koalitionsvertrag zwischen CSU und FDP zunächst vom Tisch. Dennoch tritt am 1. Juni 2010 eine entsprechende Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen in Kraft.

Die Regierung sagt, das neue Gesetz habe mit dem alten Entwurf einer Schülerdatenbank nichts mehr zu tun. Die Ministerin behauptet, diese Datenbank sei in Ordnung. Alle berufen sich auf die Mitarbeit des Datenschutzbeauftragten. Der beruft sich aber dar-

auf, er habe den Inhalt nicht geprüft, allein die formale datenschutzrechtliche Seite.

Ja, dieses Gesetz ist ein anderes: Die Schüler-ID scheint nicht vorhanden, die Daten werden durch dieses Gesetz nicht mehr an eine zentrale Bundesstelle übergeben. Welche Daten erhoben werden, legt nicht mehr eine Verordnung fest, sondern allein das Gesetz selbst. Jede Änderung des Datensatzes braucht damit eine weitere Gesetzesänderung. Ja, wir finden jetzt auch Löschfristen für die Daten an der Schule. Die Mitarbeit des Datenschutzbeauftragten ist natürlich sinnvoll.

Nein, wir können auch diesem Gesetz nicht zustimmen: Auch der jetzt beschlossene Datensatz enthält Informationen über die SchülerInnen, von deren Notwendigkeit wir nicht überzeugt sind: Wer in der größten Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit steckt, erhebt keine Informationen über den Migrationshintergrund von allen SchülerInnen, um die Kinder mehr zu fördern, wenn gleichzeitig ein Sparpaket beschlossen wird, das die Chancengleichheit ärmerer Familien herabsetzt. Wer durch diese Datenbank wissen will, wie viel neue LehrerInnen gebraucht werden, überzeugt uns nicht, wenn er gleichzeitig keine neuen einstellt.

Zentral soll diese Datenbank nach Beschluss der KMK bundesweit sein, zentral ist sie jetzt für Bayern beschlossen. Deshalb sehen wir hier ein „vorerst“ bayernweit. Und wir wollen weiterhin Zusammenhänge herstellen, ohne die keine Gesetzesänderung gesehen werden darf: Eine Datei für Auszubildende und eine für Studierende gibt es bereits. Die entscheidende Änderung brachte die Arbeitnehmerdatei ELENA. Nun sind alle Menschen in Ausbildung und in Arbeit zentral erfasst. Der Missbrauch dieser Datenbanken kann nicht ausgeschlossen werden, die Zugriffsrechte können jederzeit geändert werden, auch die Datensätze selbst. Eine Verknüpfung von Datenbanken ist nicht auszuschließen,

wenn die Änderung zu den Schülerdaten jetzt schon eine Verknüpfung der Schülerdaten mit Lehrerdatensätzen mit einschließt. Datenbanken erschließen Begehrlichkeiten: Welcher zukünftige Arbeitgeber hätte nicht gerne Einblick in eine Schülerdatenbank? Aber auch vor anderen Behörden und deren Datenbanken sollten unsere SchülerInnen sicher sein. Die Arbeit z. B. der Polizei muss von unserer pädagogischen Arbeit strikt getrennt sein.

Mit dieser Gesetzesänderung des BayEUG entsteht eine weitere Datenbank mit Hilfe von Totalerhebungen über die nächsten Generationen von SchülerInnen, Auszubildenden und Studierenden. Sobald sie im Beruf sind, werden sie von ELENA erfasst. Seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15.12.1983 zur Volkszählung gilt als Grundsatz, dass Totalerfassungen für statistische Zwecke nicht notwendig sind. Wofür dann? Bewerten wir diese Gesetze nicht nur danach, was man jetzt damit macht, sondern auch was man damit machen kann! Lehnen wir sie grundsätzlich ab!

Stellungnahme der GEW Bayern:

http://gew-bayern.de/uploads/media/Stellungnahme_GEW_BayEUG_Datenverarbeitung_eGovernment.pdf

Kooperationsabkommen unterzeichnet!

Nachdem Minister Spaenle bereits vor der Unterzeichnung des Abkommens mit der BILD-Zeitung darüber als einer Tatsache geplaudert hatte, waren wir vorgewarnt und entsprechend gespannt.

Der Hauptvorstand der GEW veröffentlichte bereits am 6. März 2010 einen Beschluss zur Offensive der Bundeswehr auf die Schulen: „Einfluss zurückdrängen – Politische Bildung ist Aufgabe von Lehrkräften“

Darin heißt es:

„Die GEW wendet sich entschieden gegen den zunehmenden Einfluss der Bundeswehr auf die inhaltliche Gestaltung des Unterrichts und der Lehreraus- und Fortbildung, wie sie in den Kooperationsabkommen zwischen Kultusministerien und Bundeswehr deutlich werden. Die politische Bildung – auch in Fragen der Sicherheitspolitik – gehört in die Hand der dafür ausgebildeten pädagogischen Fachleute und nicht in die von Jugendoffizieren.“

Die GEW Bayern hat sich mit einer Pressemitteilung am 1. Juli 2010 ebenfalls dazu geäußert:

Elke Hahn, Geschäftsführerin der GEW Bayern:

„Die Bundeswehr hat in erster Linie militärische Ziele zu erfüllen und militärische Aufgaben zu übernehmen. Deswegen ist sie nicht politisch wertneutral! Neutral sind Lehrerinnen und Lehrer an Schulen auch nicht. Aber man hat sich in dieser Gesellschaft darauf verständigt (!), dass es die Pädagoginnen und Pädagogen sind, die an Schulen den Bildungsauftrag zu erfüllen und dafür eine adäquate Ausbildung zu erhalten haben. Es sind die Lehrerinnen und Lehrer, denen das Vertrauen gegeben wird, Kinder und Jugendliche zu selbstbewussten, entscheidungs- und kritikfähigen Mitgliedern einer demokratischen Gesellschaft auszubilden.“

Die PM fährt fort:

Anstatt Geld in die Hand zu nehmen für eine umfassende, das aktuelle Zeitgeschehen berücksichtigende Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften sowie die dafür notwendigen zusätzlichen Stellen zu schaffen, wird die Bundeswehr geholt.

Und schließt mit:

Etwas hilflos und alleine stehend wirkt der Satz in der Vereinbarung, dass „Jugendoffiziere (...) nicht für Tätigkeiten innerhalb der Bundeswehr (werben)“. Wer glaubt's?